

Platz abbeck

Nr. 7, November 2006

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.die-linke-koeln.de

Große Koalition beim kommenden Haushalt?

Die Fraktion Die Linke.Köln durchforstet gerade den vorliegenden Haushaltsentwurf nach Kürzungen im Jugend- und Sozialetat. Sie zu verhindern, ist für uns sehr wichtig. Dann werden wir uns die Frage stellen, ob man mit den geringen Kölner Haushaltsmitteln Kürzungen der Landesregierung im Sozialbereich wenigstens teilweise kompensieren kann.

Das interessiert den Oberbürgermeister nicht so sehr. Er legt zusammen mit dem Kämmerer einen Haushalt mit einem Fehlbetrag von 95,4 Mio. Euro vor, in denen sein 10 Mio. Euro teures Kulturpaket enthalten ist und eine weitere Wunschliste von 20 Millionen Euro. Das hat es in den acht Jahren, in denen wir im Stadtrat sind, noch nie gegeben. Entweder provoziert Schramma sehr gezielt oder er ist sehr selbstherrlich und einfältig geworden. Im Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept – Finanzplanung 2006 bis 2010 – schreibt er dann ganz dreist:

„Somit wäre die Kommunalaufsicht gezwungen, die Genehmigung für das HSK zu versagen. Dies hätte zur Folge, dass die Stadt Köln mindestens zwei Jahre das so genannte ‚Nothaushaltsrecht‘ anzuwenden hätte und damit die kommunale Selbstverwaltung faktisch zum Erliegen kommen würde.“

Das sind keine Sandkastenspiele, sondern ist eine gezielte Drohung mit der Zielsetzung, bei den Haushaltsberatungen die Lufthoheit über Rot-Grün zu erzwingen. Unter dem Motto: Ihr müsst die Einsparungen erbringen – ich mache die Politik, will er über seine eher geschwächte Position hinwegtäuschen.

Schrammas Vorschlag, den Kulturetat zu erhöhen, zielt darauf ab, Bündnispartner in den Mittelschichten zu suchen, und die Grünen in Schwierigkeiten zu bringen.

Und OB Schramma weiß, wo er kürzen will, eben im Sozialetat. Das verkündete er in seiner Haushaltsrede: Im Sozialetat sollen „Pflichtaufgaben“ – also gesetzlich garantierte Leistungen – gekürzt werden. Ein

Fortsetzung Seite 2

KölnMesse-Gutachten: Schramma nicht entlastet!

Die „Kölnische Rundschau“ hatte Ende Oktober verkündet, ein von der Stadt in Auftrag gegebenes „Wirtschaftsgutachten“ würde den Oberbürgermeister „entlasten“.

Als die „Rundschau“ die angeblichen Ergebnisse des Gutachtens verkündete, hatte noch kein Ratsmitglied dieses zu Gesicht bekommen. Bis heute konnten die Ratsmitglieder nur unter Bewachung des Amtsleiters der Kämmererei den vollen Text des Gutachtens lesen, mussten sich ansonsten mit einer Kurzfassung begnügen.

Doch der Einblick reichte aus um herauszufinden, dass es in dem Gutachten lediglich um die Gegenüberstellung „Finanzierung über das Fonds-Modell“ vs. „Eigenfinanzierung mit Kommunalkrediten“ geht. Als zu finanzierende Investitionssumme wurde die von Oppenheim-Esch in Rechnung gestellte Summe genommen. Die zentrale Frage, ob diese überhöht war, wurde im Gutachten nicht einmal aufgeworfen.

Selbst die Berechnung, dass die Finanzierung über den Fonds günstiger ist, ist nicht eindeutig. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass dies günstiger sein könnte ... oder auch nicht – obwohl die Sparkasse auch hier kräftig daran gearbeitet hatte, die Fonds-Variante zu subventionieren.

Die EU-Kommission hat das Kölner Messe-Geschäft für rechtswidrig erklärt. Die EU könnte, das wird sich in den nächsten Monaten zeigen, verlangen, dass das Geschäft „rückabgewickelt“ wird. Es ist allerdings nicht der Zweck der neoliberalen EU-Vergaberichtlinien oder der EU-Kommission, die Kommunen zu schützen. Vielmehr geht es um die Interessen der konkurrierenden Unternehmen. Eine Kommune kann sich durchaus überteuerte Hallen bauen lassen, Hauptsache, alle Unternehmen hatten die gleiche Chance, die Kommune übers Ohr zu hauen.

Fortsetzung Seite 2



Das hat es in Köln noch nicht gegeben: Die Allianz-Beschäftigten sammelten in nur wenigen Wochen 100.000 Unterschriften gegen die Betriebsschließung in Köln und gegen das Entlassungskonzept. Zum zweiten Mal führten die Kölner Beschäftigten einen zweitägigen Warnstreik durch. Sie protestieren im roten T-Shirt mit der Aufschrift „Köln muss bleiben“. 120 Kölner Beschäftigte werden jetzt ihre Jubiläumsnadel an den Vorstand zurückgeben.

Haushalt: Fortsetzung von Seite 1
rechtswidriges Ansinnen, mit dem er nicht durchkommen wird, so lange es Linke im Kölner Stadtrat gibt.

Es gibt aber auch Anhaltspunkte dafür, dass der Haushalt ausgeglichen werden kann. Wenn man Schrammas Wunschliste abzieht, bleiben noch 65 Mio. Euro Defizit. Die stärkere Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger wird den Haushalt um ca. 8 Mio. Euro entlasten. Eventuell werden die Einnahmen an der Einkommenssteuer größer sein als geplant. Dann wird sich Ende November zeigen, im welchem Umfang die Gewerbesteuer steigen wird. Geschätzt waren 950 Mio. Euro. Zwischenzeitlich lag der Betrag über 1 Mrd. Euro.

Ende Dezember will das Wirtschaftsunternehmen Kienbaum seine Vorschläge zu Haushaltseinsparungen vorlegen. Die Fraktion hatte gegen die Beauftragung gestimmt, weil deren Einsparvorschläge mit Sicherheit auf Schrammas Linie liegen werden, der Einsparungen im Sozialhaushalt will. Dann wird sich zeigen, ob eine Große Koalition von SPD und Grüne zusammen mit der CDU und FDP, die sich kürzlich beim Stadtkämmerer getroffen haben, den Haushalt verabschieden oder nicht.

Stadtkämmerer Soënius will eine solche Große Koalition. Sie würde die CDU aus dem Sumpf der Bedeutungslosigkeit retten und dem neoliberalen Lagers wieder mehr Einfluss auf die Kölner Stadtpolitik eröffnen. Soziale Einschnitte wären die Folge. Das zu verhindern, ist die wichtigste kommunalpolitische Aufgabe der Linken. Deshalb muss die Kölner Linke intensiv diskutieren, wie sie sich in den Haushaltsberatungen einbringt: Im Zweifelsfall für die sozialen Interessen der Kölnerinnen und Kölner!

Jörg Detjen

Macht Die Linke.Köln den Haushalt mit?

Position von Özlem Demirel, Jörg Detjen, und Michael Kellner/Linkspartei.PDS

Ob die Fraktion an den Haushaltsberatungen teilnimmt oder nicht, muss in der Linkspartei und der WASG diskutiert werden. Das passiert auf den Mitgliederversammlungen. Im November wurde auf einer Versammlung der Linkspartei.PDS Bilanz über die bisherige Arbeit der Fraktion gezogen. Die Mitglieder begrüßten einmütig die gute Arbeit unter den wechselnden Mehrheiten. „Macht weiter so, wir haben großes Vertrauen in Euch“ brachte es ein Mitglied auf den Punkt.

Die WASG will am 21. November erstmals über die kommunalpolitische Arbeit diskutieren.

Am 22. November führt die Fraktion eine Anhörung zum Haushalt durch, zu der sie zahlreiche Initiativen eingeladen hat.

Im Dezember werden Linkspartei und WASG dann konkret über den Haushaltsentwurf diskutieren. Die Mitgliederversammlungen müssen dann entscheiden, ob sich die drei Fraktionsmitglieder in die Haushaltsverhandlungen einbringen sollen. Entscheidend dafür wird sein, ob sich soziale Kürzungen verhindern lassen und es gleichzeitig für möglich gehalten wird, eine deutlich linke Handschrift im Haushalt zu hinterlassen. Erst wenn dann beide Mitgliederversammlung mit Ja stimmen, werden Detjen, Kellner und Demirel in die Verhandlungen eintreten.

Mitgliederversammlung Linkspartei.PDS
Di, 5.12., 19.30 Uhr

Bürgerzentrum Ehrenfeld,
Venloer Str. 429
Mitgliederversammlung WASG
Di, 12.12., 19.00 Uhr
Voraussichtl. Bürgerzentrum Stollwerck,
Dreikönigenstr. 23

**Position von Claus Ludwig,
/Gemeinsam gegen Sozialraub**

Der aktuelle Haushaltsentwurf enthält auf den ersten Blick keine drastischen Kürzungen. Hie und da sind sogar leichte Anhebungen im Bereich Soziales zu entdecken. Bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass der vorgelegte Entwurf voll sozialer Ungerechtigkeiten steckt. Die drastischen Verschlechterungen der letzten Jahre werden an keiner Stelle zurück genommen, sondern fortgeschrieben.

Von einer Umkehr der Prioritäten, wie in der Fraktionsvereinbarung zwischen Gemeinsam gegen Sozialraub - GgS, der WASG und der Linkspartei.PDS formuliert, kann keine Rede sein.

Auf der Mitgliederversammlung von GgS wollte die Aufzählung der Kürzungen im sozialen, schulischen und kulturellen Bereich, die fortgeschrieben werden sollen, kein Ende nehmen. Die Mitgliederversammlung lehnte einstimmig den vorgelegten Haushaltsentwurf ab und wies darauf hin, dass dieser auch nicht die Basis für Verhandlungen sein könne. Sie sah in einer eventuellen Zustimmung durch die drei Ratsmitglieder der Linkspartei.PDS zu einem Haushalt auf Basis des vorgelegten Entwurfs einen groben Verstoß der Fraktionsvereinbarung. Die Fraktion sei damit ernsthaft gefährdet, heißt es in dem Beschluss.

So lange die Fortschreibung des Sozialabbaus in einem Haushaltsentwurf zu entdecken ist, können sich Linke, die sich daran beteiligen wollen, sich selbst nur diskreditieren. Sozialabbau oder die Festschreibung bereits begangenen Sozialabbaus wird nicht besser dadurch, dass Linke ihn mit gestalten. Es bleibt Sozialraub am Menschen.

Messe Fortsetzung von Seite 1

Demnach würde bei einer Rückabwicklung des Vertrages nicht die Stadt Köln entschädigt. Vielmehr könnten auf die Stadt Schadensersatzforderungen der Investoren wegen entgangener Gewinne zukommen. Wird der Vertrag nicht aufgelöst, drohen der Bundesrepublik hingegen EU-Strafen in dreistelliger Millionenhöhe, die diese an die Stadt Köln durchreichen könnte.

Die „soliden“ Haushaltspolitiker der etablierten Parteien hätten somit ein zuvor nicht gekanntes Chaos angerichtet und den kommunalen Haushalt Risiken ausgesetzt, die zu dessen Kollaps führen müssen. Eine Strafzahlung in dieser Höhe würde zum Verkauf sämtlichen öffentlichen Eigentums oder zu Nothaushalt und Zwangsverwal-

tung führen. Manche mögen diese Wirkung durchaus beabsichtigen, denn ein „Notverkauf wegen Geschäftsaufgabe“, der Verkauf des profitablen Stadtwerke-Konzerns, der Kliniken und der GAG/Grubo würde Investoren im ganzen Land und international in Entzücken versetzen.

Eine Aufklärung der Affäre durch den Rat oder den RP wird nicht stattfinden. Zu tief stecken alle etablierten Parteien drin. Sie haben 2003 dem Geschäft zugestimmt, obwohl sie die Erfahrungen mit dem Technischen Rathaus kannten. Eine wirkliche Aufklärung des Messe-Skandals und wirksame Maßnahmen gegen die Macht der Oppenheim-Bank müssen von unten durchgesetzt werden. „Gemeinsam gegen Sozialraub – GgS“ und die im letzten Jahr gegründete Ini-

tiative „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“ haben ihre Aktivitäten verstärkt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Forderungen, dass keine Miete für Messehallen gezahlt und der Vertrag für ungültig erklärt wird. Schadensersatzzahlungen an die Fonds-Investoren dürfen nicht erfolgen. Stattdessen ist die Stadt Köln durch das Geschäft geschädigt worden. Eine Lösung kann es nur geben, wenn die Messehallen wieder in das Eigentum der Stadt gelangen, ohne, dass die Oppenheim-Esch-Investoren davon profitieren. Weiterhin wird die Veröffentlichung aller das Geschäft betreffenden Unterlagen gefordert. Geplant von „BürgerInnen gegen Esch-Oppenheim“ ist, ein eigenes Gegengutachten zu erstellen und die Affäre öffentlich zu untersuchen. Claus Ludwig

In den Bezirksvertretungen

■ Kalk

Junkie-Bund bleibt!

Die Bezirksvertretung Kalk hat in der Novemberversammlung einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Vertreterin unter dem Namen „Verantwortliche Drogenpolitik in Humboldt-Gremberg“ verabschiedet. Die demokratischen Parteien (die rassistischen Parteien und Wählervereinigungen Pro Köln und NPD ausgeschlossen) hätten, bevor sie diesen gemeinsamen Ersetzungsantrag gestellt haben, auch Die Linke.Köln in den Diskussionsprozess einbinden können. Doch anscheinend war die Flugblattaktion der Linken in Humboldt/Gremberg den anderen Parteien ein Dorn im Auge. Das Flugblatt trug die Überschrift „Gemeinsame Lösungswege zur Drogenproblematik suchen – Rassistische Hetze nicht zulassen und aktiv verhindern!“

Gemeinsame Lösungswege zur Drogenproblematik suchen – Rassistische Hetze nicht zulassen und aktiv verhindern!

Der Bürgerverein Humboldt-Gremberg e.V. klagt über unhaltbare Zustände im Veedel. Streitpunkt ist die Beratungsstelle des Junkie-Bundes. Seit sie aufgemacht hat, sollen sich immer mehr Drogenabhängige in dem Wohngebiet aufhalten und offen Drogen konsumieren. In einem Schreiben des Bürgervereins setzen sie Drogenszene und Kriminalität insbesondere mit Menschen ausländischer Herkunft in Verbindung. Dass sich Menschen für ihr Veedel und für eine sichere Zukunft der eigenen Kinder einsetzen, ist ihr natürliches Recht, richtig und verständlich! Doch mit rassistischer Hetze gegenüber MigrantInnen können die in Humboldt-Gremberg entstandenen Probleme nicht gelöst, sondern nur noch mehr verschärft werden.

Kann diese Demonstration helfen, die Probleme zu lösen?

Nein. Die laut Verfassungsschutzbericht rechtsextreme Wählervereinigung „Pro Köln“ ruft auf ihrer Internetseite dazu auf, zur Demonstration des Bürgervereins zu gehen. Die offen fremdenfeindliche Stoßrichtung dieser rechtsradikalen Brandstifter verstärkt die Spaltung im Veedel und hetzt einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander auf.

Löst der Wegzug des Junkie-Bundes die Probleme?

Die Beratungsstelle ist nicht nur ein Anlaufpunkt für Drogensüchtige. Seine Mitarbeiter helfen auch, die Auswirkungen des Konsums zu beseitigen, indem sie etwa Spritzen einsammeln. Außerdem erreichen die Mitarbeiter der Beratungsstelle die Süchtigen, die man so besser in Entgiftung und Therapie vermitteln kann. →



ches Zeichen gegen Rassismus verhindert wurde. So kursierte im Umfeld der Demonstration die absurde indirekte Behauptung, Drogenprobleme würden mit der Überfremdung im Veedel zusammenhängen. Im Flugblatt der Linken dagegen wurde die Zunahme der Drogenproblematik im Veedel nicht darauf zurückgeführt, dass jetzt mehr „Ausländer“ hier leben, sondern mit der tagtäglich wachsenden Armut, Arbeitslosigkeit und der Perspektivlosigkeit der Jugend, an der Wirtschaft und Politik ihren Anteil haben. Der Konsum und Verkauf der Drogen richten sich nicht nach den Nationalitäten, Kulturen und Religionen, sondern resultieren aus den in der Gesellschaft gewachsenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Die Aufgabe der Politik liegt genau darin, dem entgegenzuwirken und den Sozialabbau zu stoppen. Gleichzeitig muss sie sich deutlich von denen distanzieren, die diese gesellschaftlichen Probleme dazu missbrauchen wollen, unverschämte Hetze gegen andere Bevölkerungsgruppen zu fördern und Vorurteile und Ängste in der Gesellschaft zu schüren.

Özgür Demirel

■ Innenstadt

Odysee durch die Innenstadt?

Pascal B. sitzt seit einem Unfall im 18. Lebensjahr im Rollstuhl und wohnt in Köln Delbrück. Wie wir alle wollte Pascal B. am kulturellen Leben in unserer Stadt teilnehmen. In der „Langen Nacht der Museen“ besichtigte er eine Ausstellung im Ostasiatischen Kunstmuseum. Danach wollte Herr B. gegen 00:00 Uhr nach Hause gehen. Er wusste aber nicht, dass einige Aufzüge der KVB und der Deutschen Bahn AG streikten.

Gewöhnlich fuhr er mit der Bahn bis zur Haltestelle Neumarkt. Schon dort erwartete ihn eine Überraschung. Der Aufzug war außer Betrieb. Er machte sich dann auf dem Weg zur nächsten Haltestelle Hauptbahnhof. Am Hauptbahnhof funktionierte zwar der Aufzug, aber er fuhr nicht bis zu den Gleisen. Der Zugang zur Haltestelle war unmöglich für einen Rollstuhlfahrer.

Jetzt versuchte er, am Ebertplatz in die U-Bahn-Haltestelle zu gelangen. Vergeblich. Dort gibt es überhaupt keinen Aufzug. Mittlerweile wurde es 1:00 Uhr. Vom Ebertplatz aus fuhr Herr B. zum Hansaring. Er hatte dort die Möglichkeit, die S-Bahn zu nehmen. Am Hansaring hatte er ein bisschen Glück. Der Aufzug funktionierte dort. Endlich stieg

er barrierefrei in die S-Bahn ein.

Als er in Delbrück ankam, erwartete ihn schon wieder eine böse Überraschung. Der Aufzug war außer Betrieb. An der S-Bahnhaltestelle rief Pascal den Notruf an und schilderte seine Situation. Nach ca. anderthalb Stunden kamen zwei Sicherheitskräfte. Sie wollten Herrn B. vom Bahnsteig tragen. Das ging leider nicht, weil der elektrischen Rollstuhl selbst für zwei kräftige Menschen zu schwer zu tragen ist.

Vergeblich versuchten die Beamten einen Techniker zu erreichen, der den Aufzug wieder in Betrieb setzen sollte. Inzwischen litt Herr B. unter massiver Unterkühlung. Nach seinem Unfall kann sein Körper die Temperatur nicht mehr richtig regulieren. Daraufhin alarmierten die Sicherheitskräfte den Rettungsdienst, der dann sofort erschien. Eine Messung ergab gerade noch 35,2 Grad Körpertemperatur. Herr B. wurde dann auf einer Trage aus dem Bahnhof getragen und nach Hause gebracht. Zwischen 04:00 und 05:00 Uhr war er endlich zu Hause. So schilderte Herr B. in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz den Vorfall.

Diese für die Stadt mehr als peinliche Geschichte bewegt die politischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB hoffentlich endlich, dem Thema Barrierefreiheit die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Zusätzlich muss sich die Stadt dafür stark machen, die Kooperation zwischen KVB und Bundesbahn auszubauen. An allen Haltestellen muss eine gut sichtbare Notrufnummer angebracht werden, die rund um die Uhr besetzt ist.

Bahri Gülsen

■ Nippes

Initiativen erfolgreich

Auf der letzten Sitzung waren gleich zwei Initiativen von Die Linke.Köln erfolgreich. Widerstand regt sich gegen die beabsichtigte Bebauung der Rennbahn. Ganz zu verhindern ist sie nicht. Größe und Lage der bebauten Areale sind aber noch strittig. Bei der Abstimmung eines linken Antrages dazu hat die Bezirksvertretung eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass die Niehler Straße nicht bebaut werden soll.

Außerdem schlossen sich die Bezirksvertreter einem Antrag an, wonach das Nippeser Tälchen an Wochenenden nicht befahren werden soll. Trotz des ausgewiesenen Verbotes wird die Straße dort weiterhin befahren. Damit werden Fußgänger und Kinder nicht nur um den Erholungswert der Grünanlage gebracht, sie werden auch gefährdet. Die Verwaltung wurde aufgefordert, Vorschläge zu machen, wie die Sperrung auch tatsächlich durchgesetzt werden kann.

Die Beantwortung zweier Anfragen zu einem eventuell geplanten Steinkohle- oder Biomassekraftwerk im Stadtbezirk steht noch aus.

Michael Weisenstein

Aus den Ausschüssen:

Proteste gegen Verkauf der LEG

Seit dem 24.10.2006 ist es offiziell: die NRW-Regierung will die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) tatsächlich verkaufen. Bauminister Wittke betonte zwar, der Verkauf solle „unter Wahrung größtmöglicher Sozialstandards für Mieter und Mitarbeiter vollzogen werden“. Die bishe-



rigen Erfahrungen mit anderen Verkäufen zeigen jedoch, dass derartige Zusagen nicht viel wert sind.

Für die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ bedeutet dies, weiterhin alles daran zu setzen, die erforderlichen 66.000 Unterschriften zu erreichen.

Bis Anfang November sind beim Kölner Wahlamt 1.462 Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative eingereicht worden. Das ist ein schöner Erfolg des lokalen Bündnisses aus LEG-Mieterbeirat, LEG-Betriebsrat und der parteipolitischen Opposition zur Landesregierung (SPD, Grüne, Linkspartei und WASG). Am 31. August gegründet, kann man mittlerweile auf eine Vielzahl von Infoständen und anderen Aktionen verweisen.

Auch Linkspartei und WASG haben mit Infoveranstaltungen, Infoständen und anderen Aktionen wichtige Beiträge zum Protest gegen den Verkauf der LEG geleistet.

Günter Bell

■ Ausschuss für Soziales und Senioren

Quo vadis FDP?

Zwei Anträge standen auf der Tagesordnung, die der FDP im Sozialausschuss offensichtlich Schwierigkeiten bereiteten. Der erste Antrag betrifft das Begegnungszentrum Köln-Porz. Die Synagogengemeinde Köln in Ehrenfeld (Ottostraße) hatte den Antrag auf Anerkennung dieser Begegnungsstätte als Interkulturelles Zentrum gestellt. Bereits am 24.3.04 hatte die Gemeinde einen ähnlich lautenden Antrag gestellt. Dieser wurde damals nicht genehmigt, da

noch nicht alle Bedingungen für eine solche Anerkennung erfüllt waren, und auf die Sitzung am 9.12.04 vertagt.

Nach diesen Anlaufschwierigkeiten kam nun ein neuer Antrag der jüdischen Gemeinde auf den Tisch, der den Kriterien für die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum wesentlich näher kommt. Nur 15% der Angebote des Zentrums dienen der Religionsausübung. Hauptziel ist die Integration der Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Und: das Zentrum steht auch Menschen offen, die keine Gemeindeglieder sind.

Die Verwaltung empfiehlt diesmal „aus der Gesamtbewertung heraus“ die Anerkennung. Der Vertreter der FDP nicht. Außer der Vertreterin von Pro Köln kann keiner seine Einwände nachvollziehen.

Noch unverständlicher wirkt seine Argumentation beim zweiten Antrag: Hier geht es um die Erstellung einer Studie zur Bestandsaufnahme über die Situation von Menschen ohne Papiere in Köln. In Frankfurt und München sollen jeweils bis zu 50.000 Personen ohne Papiere leben. Köln wird dem kaum nachstehen. Verwaltung und der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen halten eine solche Studie vor Ort für dringend erforderlich. Die FDP nicht. Dem Vertreter der FDP im Ausschuss genügen die Studien in Frankfurt und München. Die Vertreterin von Pro Köln sieht das auch so. Wer die Aktivitäten der FDP über den Tellerrand des Sozialausschusses hinaus verfolgt, möchte sie „Quo vadis?“ fragen, wenn man ihre Vertreter auf der Demonstration des Bürgervereins Humboldt-Gremberg e.V. gegen den Junkie-Bund sieht.

Michael Kellner

■ Rechnungsprüfungsausschuss

Et hätt noch immer jot jegange!?

Am 9.11.06 berichtete der Kölner Express über die „Preis-Explosion bei der Nord-Süd-Bahn“, ein weiterer Artikel „Planungschaos“ folgte am 11.11.06. Obwohl im Ausschuss die Kostenentwicklung des U-Bahnbaus im nicht öffentlichen Teil behandelt wurde, hat jetzt die breite Öffentlichkeit erfahren, wie mit Steuergeldern jongliert wird. Die im Jahre 2000 kalkulierten Kosten von 630 Mio. Euro mussten bereits 2004 auf 785 Mio. Euro nach oben korrigiert werden. Wie viel dieses Prestigeobjekt die Steuerzahler tatsächlich noch kosten wird, ist unklar. „Das vermag heute niemand zu schätzen“, so KVB-Sprecherin Gudrun Meyer. ... „Eine Deckelung hat es

beim U-Bahn-Bau noch nicht gegeben“, so Meyer. (Express vom 9.11.2006)

Den größten Teil der Kosten, 90%, übernehmen Bund und Land, 10% verbleiben bei der Stadt Köln. Da stellt sich doch die Frage, wie dieser dramatische Anstieg der Kosten bei der derzeitigen desolaten Haushaltssituation aufgefangen werden kann, und zu wessen Lasten.

Doch damit nicht genug. Wie dem Express vom 11.11.06 zu entnehmen war, soll der Rat auf seiner Sitzung am 14.11.06 nochmals 124.000 Euro als ersten Schritt für die Planung einer Ost-West-Bahn bewilligen. Ein Fass ohne Boden scheint noch nicht genug zu sein, ganz nach dem kölschen Motto: Et hätt noch immer jot jegange!

Claudia Borchard

■ Jugendhilfeausschuss

Regionale Bildungsbüros an den Rand gedrängt

Der Jugendhilfeausschuss beschäftigte sich im November erneut mit dem Projekt Selbstständige Schule in der Modellregion Köln. Kern dessen ist eine stärkere Unabhängigkeit der einzelnen Schulen von zentralen Landesvorgaben. Das Kultusministerium wird in Zukunft stärker mit der Vorgabe und dem Überwachen von Standards beschäftigt sein. Damit die einzelnen Schulen aber im Kleinen nicht im völlig luftleeren Raum agieren, sollen Regionale Bildungsbüros als Mittler zwischen Land und den einzelnen Schulen auftreten.

In der Verwaltungsvorlage wurde die Chance verpasst, die künftigen Aufgaben der Regionalen Bildungsbüros zu konkretisieren. So würde es Sinn machen, sie den Personalschlüssel der einzelnen Schulen festlegen zu lassen. Schließlich sollen sie die Verhältnisse vor Ort kennen und bestmögliche Lernbedingungen schaffen helfen. Ein Stellenausgleich für Schulen in besonders benachteiligten und damit förderungswürdigen Gegenden könnte gut von ihnen geplant werden.

Auch fehlen passgenau zugeschnittene Konzepte für die festgelegten Bildungsziele. Für eine bessere Integration von SchülerInnen mit Migrationshintergrund ist Sprachförderung ein wichtiger Baustein. Doch damit neue Instrumente gut eingesetzt werden können, braucht es eine gute Planung, einheitliche Umsetzung und umfassende Evaluation. Für diese Aufgaben wären die Regionalen Bildungsbüros gut geeignet.

Mit der jetzt angenommenen Vorlage ist noch nichts verloren. Das Gesamtkonzept soll vielmehr durch eine neu zu gründende Arbeitsgruppe „Regionale Schullandschaft“ erstellt werden. Jetzt heißt es, die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe genau zu beobachten und sich in die Diskussion einmischen. Die Chance, benachteiligte Kinder besser zu fördern als bisher, darf nicht ungenutzt verstreichen.

Andrea Kostolnik



Der DGB-Aktionstag für faire Reformen stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Das geht besser. Aber nur mit uns!“. Mehr als 200.000 Menschen protestierten über die ganze Bundesrepublik verteilt. Von Köln aus waren 65 Busse nach Dortmund gestartet. Regen und schlechtes Wetter behinderten den Beginn. Auf der Kundgebung um 13 Uhr aber erstrahlte der Marktplatz in schönstem Sonnenschein. Als der IG Metall-Vorsitzende Peters den Demonstranten zurief: „Die Arbeit soll so billig werden wie Dreck, dann geht es uns allen gut, das ist die Botschaft! Da haben doch einige nicht alle Tassen im Schrank!“ signalisierte ein gewaltiges Trillerpfeifenkonzert Zustimmung. Er gab das Versprechen, dass es nach diesem Aktionstag weitergehen soll mit Protesten und Aktionen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung. Bleibt zu hoffen, dass es eingelöst wird.

Helga Humbach

■ Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Mehr Ausbildungsplätze bei den städtischen Beteiligungsunternehmen müssen her

Eine erfreuliche Meldung vorab: Der Anteil der behinderten Beschäftigten bei der Stadt Köln liegt bei 5,7%. Das ist mehr als in den Vorjahren, aber immer noch nicht genug. Der gesellschaftliche Durchschnitt liegt etwa bei 8%. Schon die PDS-Gruppe hatte sich in den letzten Jahren im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen dafür stark gemacht, dass mehr Beschäftigte mit Handicap eingestellt werden. Ratsmitglied Detjen verwies darauf, dass derzeit Landesfördermittel für die Anstellung von Auszubildenden genutzt werden können.

Die Stadt Köln beteiligt sich inzwischen mit der Stadt Dresden an einem Pilotprojekt, wie die Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund intensiver in die Arbeit der Verwaltung eingebaut und genutzt

werden können. In naher Zukunft soll dazu ein Bericht vorgelegt werden.

Die Verwaltung hat zur Umsetzung des Ratsbeschlusses für mehr Ausbildungsplätzen bei den städtischen Beteiligungsunternehmen weitere Gespräche geführt. Die Fraktion Die Linke.Köln zeigte deutlichen Unmut darüber, dass die Vorstände der Beteiligungsunternehmen mauern. Stadtdirektor Kahlen sicherte zu, dass die Verwaltung intensive Gespräche führen wird. Die Anregung von Ratsmitglied Jörg Detjen, den Personalchef des Stadtwerkekonzerns vor den Ausschuss zu laden, wurde interessiert zur Kenntnis genommen. Detjen appellierte an die Ratsmitglieder, in den Aufsichtsräten aktiv zu werden.

■ Umwelt, Gesundheit und Grün

Öffentliche Grünanlagen durch private Veranstaltungen blockiert

Der botanische Garten steht allen Kölnern und Kölnerinnen zur kostenlosen Erholung

Landschaftsverband Rheinland zieht Stadt Köln nach –

Lernmittel für Kinder von ALG II-Empfängern und Asylbewerbern jetzt auch in Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland frei

Im Juni beschloss der Rat der Stadt, dass zukünftig nicht nur die Kinder von Sozialgeldempfängern keinen Eigenanteil auf ihre Schulbücher mehr draufzahlen müssen, sondern Arbeitslose (nach ALG II) und Asylbewerber gleichgestellt werden. In den Förderschulen des Landschaftsverbandes Rheinland, die hauptsächlich behinderte Kinder besuchen, war das bisher noch nicht der Fall. Auf der letzten Sitzung des Schulausschusses stellte Die Linke.PDS Anträge, die betroffenen Kinder in Schulen des LVR gleichzustellen. Angenommen wurde schließlich ein nahezu identischer Antrag der Gestaltungsmehrheit aus SPD, Grüne und FDP, der später gestellt wurde.

Zum Umgang mit der Linkspartei merkt Busche an: „Hier zeigt sich, dass die Politik der Linke.PDS konsensfähig sein kann. Dass die anderen Parteien im Schulausschuss das nicht zugeben können, und mit einem fast identischen eigenen Antrag kaschieren, ist lächerlich. Wenn dieser „Umweg“ allerdings dazu führt, dass künftig auch die anderen Parteien Linksparteipolitik vertreten, ist uns das sehr recht.“

Andrea Kostolnik

zur Verfügung. An einigen Tagen aber werden Besucher vor die Wahl gestellt, entweder eine (oft nicht ganz billige) Eintrittskarte für Sonderveranstaltungen zu lösen oder umzukehren.

So war das gesamte Gelände vom 28.8. bis zum 5.9. gesperrt. In diesen Tagen fand die Ausstellung „Home and Garden – die führende Ausstellung für exklusiven Lebensgenuss“ statt. Jeweils zwei Tage vor und nach der eigentlichen Veranstaltung wurde die Öffentlichkeit für Vorbereitungen und Aufräumarbeiten ausgesperrt.

Die Linke.Köln setzte sich stets dafür ein, dass der geplante Neubau eines Pflanzenschauhauses nicht dazu dienen darf, Eintritt für die Flora zu verlangen. Nun heißt es wachsam sein, damit nicht durch immer mehr Veranstaltungen die Akzeptanz von Eintritt für den botanischen Garten bei den Kölnerinnen und Kölnern erhöht wird.

Dazu hat Die Linke.Köln im Ausschuss eine Anfrage gestellt, deren Beantwortung noch aussteht.

Hubert Schönthaler

Mit TAT und FlüchtlingsRAT

www.koelner-fluechtlingsrat.de
Spende: Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98, Konto-Nr.: 22 10 20 40

Endlich wieder fröhliche Weihnachten

Nachdem die Heimbewohner am letzten Weihnachten leer ausgingen, werden sie 2006 wohl wieder 36 Euro für das Fest zur Verfügung haben. Im Änderungsentwurf des Sozialgesetzbuchs XII ist die Weihnachtsbeihilfe für 2006 wieder enthalten, allerdings nur für Menschen, die im Heim wohnen. Ambulant betreute Menschen oder Arbeitslose, die unter das SGB II fallen, müssen sich auch weiterhin die Extras zu Weihnachten vom Mund absparen. Die PDS-Gruppe im Rat und in der Landschaftsversammlung Rheinland hatte seinerzeit in der Öffentlichkeit eine heftige Diskussion angestoßen und viel Unterstützung gefunden. Trotz Protesten konnten wir uns nicht durchsetzen.

Die Zustimmung für das geänderte Gesetz gilt als sicher. Weil es aber auch durch den Bundesrat muss, könnte die Verabschiedung noch vor Weihnachten knapp werden.

Die Linke.Köln sorgt sich darum, ob die Heimbewohner das Geld auch wirklich an Weihnachten in der Hand haben. Dazu hat sie eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Sie soll klären, ob die rechtlichen Voraussetzungen für eine vorzeitige Auszahlung gegeben sind und sicherstellen, dass sie dazu auch logistisch in der Lage ist.

Andrea Kostolnik

Umbesetzung in den Ausschüssen

Ratsmitglied **Özlem Alev Demirel** ist seit September stellvertretendes Mitglied im Integrationsrat.

Aufgrund der anfallenden (ehrenamtlichen) Mehrarbeit hat sie ihren Sitz im Jugendhilfeausschuss aufgegeben. Als Sachkundige Einwohnerin nachgerückt ist **Andrea Kostolnik**.

Auch im Verkehrsausschuss gab es eine personelle Veränderung. Für Jens Wagner rückt **Michael Weisenstein** nach.

Trotz Innenminister: Bleiberecht Jetzt!

www.koelner-fluechtlingsrat.de
Spende: Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98, Konto-Nr.: 22 10 20 40

CDU-Fraktion: „Familien fördern!“ Unglaublich: Kölner „Linksfront“ gegen Familien!

KölnCDU
Fraktion im Rat der Stadt Köln

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Ratssitzung beantragt, eine Kölner Familienkarte einzuführen.

■ Mit der Karte sollten alle Familien mit Kindern und auch Alleinerziehende Rabatte bei städtischen Einrichtungen und privaten Firmen erhalten.

■ Die Familienkarte hätte allen 98 000 Kölner Familien ganz konkrete Vergünstigungen verschaffen können.

■ Der Stadt Köln und den Steuerzahlern wären hierfür keine nennenswerten Kosten entstanden!

■ Auch andere Großstädte haben die Familienkarte erfolgreich eingeführt.

■ Medienpartner, die für die Familienkarte werben wollten und zahlreiche Unternehmen, die das Projekt unterstützt hätten, stöhnten bereit.

■ SPD, Grüne und Linke haben den Vorschlag der CDU abgelehnt. Sie wollen nur die für Familien bereits Sozialhilfe oder bekommen. Die große Mehrheit der Familien geht jetzt leer aus.

■ Die CDU-Fraktion will alle Familien mit Kindern – unabhängig

ihrem Einkommen – fördern. Familienfreundlichkeit definiert sich nicht über das Einkommen.

■ Familien mit Kindern sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft und unseres Sozialsystems. Sie sollten nicht immer nur belastet werden, sondern auch einmal Vergünstigungen erhalten.

**2000 schafften CDU+FDP den Köln-Pass ab ...
2007 gibt's ihn wieder!**

DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die CDU-Fraktion wird das Projekt „Familienkarte“

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Rathaus, 50667 Köln, Tel. 02 28 2 22 59 70, Fax: 02 28 2 65 74

Mit dieser großformatigen Anzeige versuchte die CDU Die Linke.Köln, SPD und Grüne als unsozial und familienfeindlich darzustellen. Dabei lenkte sie dreist davon ab, dass sie gegen die Wiedereinführung des Köln-Passes für Arbeitslose war. Ihr Familienpass sollte statt dessen nur Familien zu gute kommen, egal ob armen oder reichen. Das konnten wir der CDU nicht durchgehen lassen.

Mit unserer, aus Kostengründen wesentlich kleineren Anzeige rückten wir die Dinge im Kölner Stadtanzeiger, der Kölnischen Rundschau und dem Express wieder zu recht.

Teure Schulsanierungen durch öffentlich-private Partnerschaft (PPP) verhindern

Am 20.11.2003 hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, Schulsanierungen im Rahmen von public-private-partnership Projekten (PPP)- mittlerweile auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) genannt, vorzunehmen. Auf seiner Sitzung vom 14. November wird der Rat über das Ausschreibungspaket mit einem Volumen von über 25 Mio. Euro beraten. Es ist davon auszugehen, dass mit den Stimmen von FDP, CDU und SPD die dritte Ausschreibung, gegen die Stimmen der Linken und Grünen, beschlossen wird.

Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung wurde die Beschlussvorlage der Verwaltung ohne Votum zur weiteren Beratung weitergegeben, da sowohl SPD als auch die Grünen einen Bericht über die Wirtschaftlichkeit des Projektes haben wollten und sich nicht im Stande sahen, bereits auf der Ausschusssitzung am 30.10. hierüber einen Beschluss zu fassen.

Das PPP Projekt ist auf eine Initiative in England zurückzuführen. Es sieht vor, dass Schulgebäude für eine bestimmte Zeit an Unternehmen verpachtet und von der Stadt zurückgemietet werden. Die Unternehmen müssen die Gebäude instand halten; die Stadt zahlt dafür Miete. Bereits im

September 2003 hat die britische Gewerkschaft UNISON das Projekt ausgewertet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die mit diesem Projekt finanzierten Schulen teurer als öffentlich finanzierte Schulen sind.

Ähnliche Ergebnisse ergab auch eine Studie aus Schottland. Gründe hierfür sind höhere Zinsen für Privatunternehmen, extrem hohe Transaktionskosten und eine höhere Kostenkalkulation. Nicht zu vergessen ist auch die Gefahr, dass Kosten zu Ungunsten der Qualität gedrückt werden und vor allen Dingen eine zunehmende „schulpolitische Entmachtung der Bürger“ durch die lange Laufzeit der PPP-Verträge.

Die Linke hat PPP-Projekte von Anfang an kritisiert, ihre Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt und immer dagegen gestimmt. Denn es ist nicht akzeptabel, dass man öffentliche Finanzmittel, zumal die kommunalen Haushalte auch stark belastet sind, an Privatunternehmen verschenkt.

Die Linke wird gegen diese Beschlussvorlage stimmen und auch die Grünen beabsichtigen dieser Vorlage, nach drei Jahren Diskussionen über das Projekt, erstmalig nicht zuzustimmen.

Özlem Demirel

ARGE Heimsuchung auf dem Mittwochskreis

Der Mittwochskreis der Fraktion Die Linke.Köln hatte Herrn Ludwig, Geschäftsführer der ARGE, und Frau Jung, stellvertretende Geschäftsführerin der ARGE, eingeladen. Eine Vorbereitungsgruppe hatte Fragekomplexe zusammengestellt. Ein wichtiges Thema waren arbeitsmarktpolitische Instrumente wie ABM-Maßnahmen, die Entgeltvariante, Kombilöhne, Eingliederungshilfen und Einarbeitungszuschüsse. Auch die Praxis bei der Vergabe von Qualifizierungsmaßnahmen und sofortigen Arbeitsangeboten oder sozialräumliche Integrationsmittel wie Integrationsfirmen oder Beschäftigungsgesellschaften waren Thema. Brandaktuell wurde es bei Nachfragen zur Beauftragung der Unternehmensberatung Roland Berger.

Da auch außerhalb der Vorbereitungsgruppe Fragen gestellt werden konnten, war es den Vertretern der ARGE nicht möglich, auf alle Fragen zu antworten.

Hier können nur einige wichtige Bruchstücke aus der umfangreichen und durchaus konstruktiven Diskussion der Mittwochsgruppe mit den Vertretern der ARGE wiedergegeben werden:

2006 sind 500 bis 600 Bildungsgutscheine vergeben worden. 2007 werden noch mehr Scheine ausgegeben. Diejenigen, die einen solchen Schein beantragen, können die Träger frei aussuchen. Allerdings ist es wichtig, das Ziel der Qualifikation - eine mögliche Chance für eine zukünftige Berufsausbildung - mit im Auge zu behalten. Auch Umschulungen und jede

Form der Weiterbildung sollten immer den 1. Arbeitsmarkt im Blick haben.

„Arbeit sofort“ ist im Wesentlichen für Jugendliche, die 2 Jahre lang kein Geld erhalten haben und kann durchaus auch als Überprüfung der Arbeitsbereitschaft gesehen werden. Die Vertreter der ARGE hatten kein Problem damit - im Gegensatz zu den Vertretern des Mittwochskreises, dass Sanktionen erteilt werden und verwiesen in diesem Zusammenhang auf den § 15 des SGB II („Eingliederungsvereinbarung“).

In der Frage der Kombi-Löhne argumentierten die Vertreter der ARGE mit dem Schwarzmarkt gerade bei der Hilfe von Bedürftigen. Hier sehen sie eine echte Nische, in der ein Verdrängungseffekt (von Schwarzarbeit) durchaus erwünscht ist. Eine andere Nische könnte bei Sportvereinen liegen, die sich bestimmte Arbeiten einfach ohne Unterstützung nicht leisten können. Allerdings darf die ARGE nicht investiv fördern. Und: es darf keine pauschale, sondern nur eine personenbezogene Bezahlung erfolgen.

Mittel, die von der ARGE nicht für Hartz IV genutzt werden und zurückfließen, dürfen leider nicht einfach umgewidmet und in sozialräumlich geplanten Projekten angelegt werden.

Die Frage nach Projekten für Arbeitslose ohne „Vermittlungshemmnisse“, die auf Grund ihres Alters wohl kaum noch einen Platz in der Wirtschaft finden werden, stieß durchaus auf ein positives Echo. Die Fraktion wurde gebeten, Material über solche Projekte an die ARGE weiter zu leiten.

Die Antwort der ARGE auf unsere Skepsis gegenüber dem Treiben von Roland Berger in den Niederlassungen der ARGE barg durchaus neue und überraschende Informationen. Da der Rahmenvertrag zur Untersuchung mit Berlin und Nürnberg geschlossen wurde, sind bisher auch keine Geldforderungen bei der ARGE in Köln erhoben worden. Die Vertreter der ARGE bestanden darauf, dass die ARGE die Richtung der Untersuchung bestimmt. Dabei geht es vor allem um eine strikte Trennung zwischen Leistungsberatung und Integration. Die Fallmanager dürfen nicht weiter mit der Leistungsberatung belastet werden.

Die Frage nach der Größe der Personalkürzung auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung durch Roland Berger wurde überraschend beantwortet: Keine Reduzierung von Personal, im Gegenteil, 100 weitere Einstellungen!

Die letzte Frage führte noch einmal zu einer kurzen und heftigen Diskussion über die Rechtmäßigkeit bestimmter Forderungen von Seiten der ARGE an ALG II - Beziehenden (Kontoauszüge, Fotokopie der Geldkarte etc.), die sich teilweise in der gerichtlichen Klärung befinden.

Zum Abschluss der Diskussion wurde Frau Jung und Herrn Ludwig eine Liste „ARGE Mängel“ überreicht. In dieser Liste sind Dinge aufgeführt, „die in der Kölner ARGE nach § 44 SGB II besser laufen könnten oder unterlassen werden sollten.“

Michael Kellner

Die Tradition, aber auch die neuen Entwicklung im sozialen Wohnungsbau der GAG präsentierte der GAG Vorstand eine Besuchergruppe, unter ihnen auch Ratsmitglied Jörg Detjen: „Das war schon sehr beeindruckend, wie die GAG ihre

Wohnungen renoviert und auch neue Wohnungen baut.“ Die Rundreise endete beim alternativen Ehrenbürger Pfarrer Meurer, der noch einmal betonte, dass die GAG nicht privatisiert werden darf.



Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen



rade, ob das Projekt europaweit ausgeschrieben werden muss. Die Grenze dafür liegt bei 5,27 Mio. Euro. „Vor dem Hintergrund der Stellungnahme der EU-Kommission in Sachen ‘Neubau Messehallen’ und der darin zum Ausdruck gebrachten, für die Stadt Köln überraschenden Rechtsauffassung“ will man vorsichtig sein.

Die Stadt lässt sich den Standort Kalkberg etwas kosten, damit die in Mietwohnungen lebenden Buchforster den Lärm ertragen müssen, von dem die Einfamilienhäuser in Merheim künftig verschont bleiben. Da kann man doch wirklich froh sein, dass wenigstens vorausschauend Strafbühnen gespart werden sollen.

Andrea Kostolnik

Menschenrechtsdelegation aus der Türkei empfangen

Am 5. November empfing Die Linke.Köln eine Menschenrechtsdelegation aus der Türkei. Caglar Demirel vom Frauenhaus Kardelen und Selahattin Demirtas vom Menschenrechtsverein IHD aus den kurdischen Gebieten berichteten von Behinderungen, Repression und Gewalt gegen ihre Arbeit und ihre Mitglieder. Kemal Kirac, Vertreter des Kölner Menschenrechtsvereins TÜDAY, bestätigte ihre Schilderung der Lage.

Selahattin Demirtas berichtete, dass es in den letzten Jahren immer mehr Rechtsverletzungen gab, weil die Menschen selbstbewusster geworden sind. Die Türkei wolle aber keine selbstbewussten Kurden und geht deshalb massiv gegen sie vor. Das zeigt die hohe Zahl von Festnahmen.

Frauenhäuser wie in Deutschland sind verboten. Sie sind kein Zufluchtsort für Gewaltopfer. So bleibt Caglar Demirel nur Beratungs- und Aufklärungsarbeit. Das Ziel des Frauenhauses ist es, die Frau aus der Wohnung zu holen und sie über ihre Rechte zu informieren.

Kemal Kirac schließlich berichtete vom Prozess gegen Eren Keskin. Die bekannte Rechtsanwältin wurde vor einigen Monaten angeklagt, weil sie auf einer Veranstaltung von „kein mensch ist illegal“ in Köln die Türkei kritisierte.

Die Veranstaltung war mit 50 Teilnehmern, die lebhaft diskutierten, gut besucht.

Hamide Akbayir

Sparsame Verwaltung: Bau des Hubschrauberlandeplatzes muss eventuell ausgeschrieben werden

Die Linke. Köln hat die Verlegung des Hubschrauberlandeplatzes der Klinik Merheim auf den Kalkberg von Anfang an kritisiert. (Siehe auch Platzjabbeck 9/06) Die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit waren berechtigt, wie die Kostenexplosion von geplanten 2,3 auf 4,8 Mio. Euro beweist. Damit hatte sich der Ursprungsbetrag um mehr als verdoppelt!

Anscheinend rechnet die Verwaltung mit weiteren versteckten Risiken. Wie die Kölnische Rundschau am 9.11.2006 berichtete, überprüft sie ge-

Termine:

Samstag, 18. November

„Gute Arbeit“ zwischen gewerkschaftlicher Defensive und Offensive. Eine Tagung zu den Perspektiven gewerkschaftlicher Politik heute, u. a. mit Klaus Dörre, Steffen Lehndorff, Paul Oehlke, Klaus Pickshaus und Dieter Sauer. Veranstalter: RLC Köln, RLS NRW, Sozialistisches Forum Rheinland, WissenTransfer und die Zeitschriften Sozialismus und spw. 13-18 Uhr, Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 85, Mehr Infos <http://www.rosa-luxemburg-club-koeln.de/> oder <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/attac-koeln-list>

Mittwoch, 22. November, 18.00 Uhr

Anhörung verschiedener Initiativen zu ihrer finanziellen Situation und ihren Forderungen für den Stadthaushalt. Rathaus, Spanischer Bau. Kardinal-Frings-Raum.

Kölnes Appell
gegen Rassismus e.V.

kein
mensch
ist
illegal

